



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze 7, 8 / 2010

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Gabriel hat sich verzockt



Christian Wulff ist im dritten Wahlgang von der Bundesversammlung mit absoluter Mehrheit ohne eine Stimme der LINKEN zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. DIE LINKE konnte weder für Wulff noch für Gauck stimmen. »Die beiden anderen Kandidaten unterstützen den Krieg und den Sozialabbau in unserem Land«, stellt Gesine Lötzsch, Vorsitzende der LINKEN, klar. Im Interview würdigt sie das hervorragende Ergebnis von Luc Jochimsen, analysiert die Vorgänge vor und bei der Wahl des Bundespräsidenten am 30. Juni und antwortet mit sachlichen Argumenten auf die aggressive Legendenbildung bei SPD und Grünen. »Joachim Gauck kann uns keine Absolution erteilen. Wir werden uns nie von unserer Geschichte trennen können«, betont Lötzsch. Die Chancen für Rot-Rot-Grün sind in ihren Augen nicht verspielt: »In NRW wird sich zeigen, ob SPD und Grüne aus der gestrigen Niederlage etwas gelernt haben.«

01.07.2010
(Mehr dazu im Internet)

Wer rettet die Retter?

Der letzte Kreistag hat die Ausschreibung des Rettungsdienstes für weitere zwei Jahre beschlossen. Danach soll ab 2013 ein Eigenbetrieb diese Aufgabe übernehmen. Allerdings nur dann, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür existieren. Welche das sein sollen, bleibt dabei völlig offen.

CDU, FDP und die Freie Fraktion hatten diesen Punkt in einer Kampf Abstimmung gegen SPD und LINKE durchgesetzt. Der Landkreis ist verantwortlich für die Durchführung des Rettungsdienstes. Er kann sich dabei fachlich qualifizierter Firmen und Hilfsorganisationen bedienen. Eine Ausschreibung der Leistungen ist möglich. Die Ausschreibungsverfahren der letzten Jahre haben dazu geführt, dass die Bewerber immer stärker versuchen, ihre Kosten zu reduzieren. Dies geschieht fast ausschließlich zu Lasten der Rettungssanitäter und -assistenten. Der Geschäftsführer des DRK Cottbus und -Spree Neiße, West, erklärte uns auf unserer Fraktionssitzung, dass 1.100 Euro für einen Rettungssanitäter doch ein sehr anständiger Lohn sei, schließlich bedürfe es nur einer fünfmonatigen Ausbildung für diese Arbeit. Er vergaß dabei zu erwähnen, dass die Voraussetzung für eine solche Ausbildung ein erlernter Beruf ist und dass es bei dieser Arbeit um die Rettung von Menschenleben geht. Spätestens seit den Ereignissen um die Treberhilfe (Lamborghini als Dienstwagen) in Berlin wissen wir, dass Geschäftsführer von Hilfsorganisationen nicht zwingend soziale Verantwortung tragen. Welche Konsequenzen hat diese Entscheidung nun für die Entwicklung des Rettungsdienstes? Die erneute Ausschreibung

gefährdet wieder die Arbeitsplätze der bereits gekündigten Mitarbeiter in Forst. Auch diesmal werden die Bieter bei der Ausschreibung versuchen, durch Lohndumping den Zuschlag zu erhalten, denn dies war der einzig wirklich erkennbare Unterschied in der aufgehobenen Ausschreibung. Wirtschaftliche Kriterien sind sicher nicht außer Acht zu lassen, aber sie sind im Rettungsdienst nicht die entscheidenden. Die Krankenkassen haben die Kosten des Rettungsdienstes zu tragen. Dem Landkreis entstehen keine eigenen Kosten. Damit hat der Rettungsdienst auch keinen Einfluss auf den Haushalt, obwohl der CDU-Fraktionsvorsitzende im Kreistag dies immer wieder behauptete. Eine faire Bezahlung der Mitarbeiter des Rettungsdienstes auf Basis des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst wird durch diese Ausschreibung weiter auf sich warten lassen. Es ist nicht nur aus Gründen der Aufgabenerfüllung, sondern auch moralisch nicht hinnehmbar, wenn Rettungsdienstmitarbeiter erst mit Nebenjobs das notwendige Geld verdienen müssen, um ihre Familien versorgen zu können. Sie leisten bereits im Katastrophenschutz und bei vielen Veranstaltungen ehrenamtliche Arbeit, für die sie kein Geld erhalten. Wenn der Landkreis diese Tätigkeiten bezahlen müsste, hätte das sofort Auswirkungen auf den Haushalt. Die verantwortlichen Mitarbeiter der Verwaltung, einschließlich des Landrats, haben damit keine Probleme. Sie erhalten unabhängig von dieser Entscheidung weiterhin ihr Gehalt. Der Landrat, gerade erst im Amt, hatte den SPD-Antrag zum Eigenbetrieb als persönlichen Affront gegen sich bezeichnet. Die typische Methode aus Kreisen von CDU und FDP, spare bei den Kleinen, dann reicht es für die Großen, kommt hier wieder deutlich zum Ausdruck. Als vor gut einem Monat dem Landrat 280 Euro (netto und steuerfrei) Aufwandsentschädigung zu seinem beachtlichen Gehalt durch Kreistagsbeschluss gewährt wurden, war vom Sparen keine Rede. Hier hätte der neue Sparkommissar doch mal ein persönliches Zeichen setzen können.

Ingo Paeschke,
Kreistagsabgeordneter

Markt oder nicht Markt...

...das ist hier die Frage! Die Stadtverordneten sollen entscheiden, ob der Wochenmarkt zukünftig privat betrieben werden soll. Grund ist, der Markt rechnet sich nicht. Und schon tönt es aus dem Rathaus: Ohne private Initiative wird das nichts. Das ist aus meiner Sicht ein Ausdruck von

Resignation. Haben wir als Kommune keine Ideen, um unseren Markt attraktiver und anziehender zu gestalten? Eine Lösung muss her, aber diesen Gestaltungsspielraum sollten wir als Stadt nicht leichtfertig aus der Hand geben. Anke Schwarzenberg,
Stadtverordnete

Schorschels Stadtgeflüster

Hällöchen,
liebe urlaubsreife MB-Leser!
Ich sitze auf heißem Steine am Markt-
springbrunnen, schaue träumend ins
sprudelnde Nass und ahne, wie schön
die Welt und das Leben eigentlich
sind. Schade, dass wir Menschen uns
diese Schönheit oft gegenseitig kaputt
machen, sei es aus Dummheit, Arro-
ganz und Ignoranz, Profilierungssucht,
Machtstreben oder Egoismus.
Denken wir nur an die theaterreife
Wahl des Bundespräsidenten. Bisher
nahm ich immer an, Demokratie habe
ihren Ursprung in der griechischen
Antike. Jetzt weiß ich, dass ein kriegs-
befürwortender, die Hartz-Gesetze für
gerecht haltender Pfarrer sie erfunden
zu haben scheint. Bravo!! Aber
auch in den kommunalen Niederungen
erleben wir die tollsten Geschichten.
Zum Beispiel finde ich super, dass
die Forster Oberschule den Titel »berufsorientierte Schule« und die Döberner Schule den Titel »praxisorientierte Schule« bekommen sollen. Wie wär's denn damit, der Grundschule Nordstadt den Titel »lernorientierte Schule« und der Bäckerei Merschank den Titel »backwarenorientierte Bäckerei« zu verleihen!?

So, nun ist Schluss, ich fahre jetzt ins
wasserorientierte Schwimmbad und
wünsche allen einen richtigen tollen
Sommerurlaub.

Euer *Schorschel*

**Bis zum Erscheinen der
nächsten Ausgabe im September
wünscht die Redaktion
des Malxe-Blattes allen Lesern
einen schönen Urlaub.**

Die Schule ist (noch nicht) aus!



»Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast«, heißt es im Volksmund. Auch der Kultur- und Sozialausschuss musste sich in der jüngeren Vergangenheit mit den verschiedensten Prognosen zur Entwicklung der Bevölkerung, besonders der jüngeren bis 18 Jahre, beschäftigen.

Auf deren Grundlage wird eine Schul- und Kindertagesstättenentwicklungskonzeption erstellt. Was sich hinter diesem Wortkonstrukt verbirgt, wird nicht nur über die Schließung von Gebäuden entscheiden, es wird maßgeblich das Leben in Forst beeinflussen.

Also wurde anhand der jetzt bestehenden Schulbezirke, der unterschiedlichen Prognosen und der Vorgaben des Bildungsministeriums eine mögliche Entwicklung der einzelnen Schulen aufgezeigt.

25 Schüler je Klasse – so sieht es das Gesetz vor. Nur mit Genehmigung des Bildungsministeriums kann sich die Klassenstärke im Ausnahmefall auf 20 Schüler verkleinern. Doch auch mit ministerialem Augenzwinkern sehen die Aussichten für die Forster Schulen nicht gerade rosig aus. Unsere Stadt schrumpft. Die Ursachen sind

vielfältig. Die Lösungen für eine Umkehr dieser Entwicklung sind noch »in Arbeit«. Insbesondere die Schulen im Außenbereich der Stadt werden nach den vorliegenden Berechnungsmodellen Probleme bekommen, die geforderte Anzahl der Schüler zu erreichen.

Die Diskussion um die Anzahl der Grundschulen ist noch nicht abgeschlossen. Es sind aber auch noch nicht alle Argumente auf dem Tisch, wie z. B. Möglichkeiten einer Veränderung der Schulbezirke.

Entsprechend dem vorliegenden Zeitplan steht eine Entscheidung über die Anzahl unserer Grundschulen erst Ende November an. Wird Forst zukünftig vier, drei oder nur noch zwei Schulen haben? Wichtig ist, diese Entscheidung darf sich nicht gegen unsere Kinder richten.

Nutzen wir die verbleibende Zeit, wirklich jedes Argument in die Waagschale zu legen.

Anke Schwarzenberg,
Stadtverordnete

Spruch des Monats

»Ausdauer wird früher oder später belohnt. Meistens aber später.«

Wilhelm Busch

Aus der Stadtverordnetenversammlung



Stimme wurde mit 11 Nein- und 10 Ja-Stimmen der Verwaltungsantrag gestoppt. Dies geschah, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch drei unserer Abgeordneten im Kreistag saßen. Respekt liebe Kollegen der CDU.

1. An der Umgehungsstraße neben dem »Dänischen Bettenlager« wird es vorerst keinen neuen Markt geben. Mit den Stimmen unserer Fraktion, der Mehrheit der CDU und einer FDP-

2. Mit großer Mehrheit wurde dagegen dem Bau eines Nahversorgungszentrums in der Skurumer Straße zugestimmt. Damit können die vor allem älteren Bürger hoffentlich bald wieder vor Ort vernünftig einkaufen.

3. Forst will 2013 eine Deutsche Rosenschau durchführen. Wenn es klappt, ist dies sicher ein bedeutendes Ereignis im Rahmen des hundertjährigen Rosengartenjubiläums. Ob das dann zu einer deutlichen Erhöhung der Besucherzahlen führt, bleibt abzuwarten. Realistische Erwartungen sollten hier vorherrschen.

4. Die Stadt wird sich für die Bildung von drei Klassen im neunten Schuljahr an der Oberschule Forst einsetzen, ein Antrag unserer Fraktion wurde einstimmig angenommen.

5. Mit Mehrheit wurde ein CDU-Antrag angenommen, der den Bürgermeister beauftragt, den Windpark im Bereich Bohrau – Briensig zu verhindern. Unsere Fraktion stimmte mehrheitlich dagegen bzw. enthielt sich. Wir haben keine rechtlichen Möglichkeiten, diese Anlagen zu verhindern, dafür hätten wir viel früher gegen die Rahmenplanungen vorgehen müssen. Unser Ziel ist es, durch Vattenfall so viel materielle Unterstützung wie möglich für die Ortsteile zu erhalten, um die entstehenden Beschwerden zu mindern. Wir plädieren, ähnlich wie bei Horno, für eine Stiftung, die dauerhaft beiden Ortsteilen zugutekommt.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst

Für wie dumm hält uns Frau Merkel?



Im kanadischen Huntsville trafen sich die G8-Staaten um unter anderem über Steuern für Spekulationsgeschäfte und eine Bankenabgabe, allgemein bekannt als globale Finanztransaktionssteuer, zu beraten.

Der von der Bundesregierung eingebrachte Vorschlag traf dabei nicht auf mehrheitliche Zustimmung der acht führenden Industrieländer. Aber wie sollte der Vorschlag auch durchgesetzt werden, wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung im eigenen Land uneinig darüber ist, ob die Banken den von ihnen angerichteten Schaden, sprich Finanz-

krise, tragen und einen Beitrag zum Schuldenabbau leisten sollten. Stattdessen machte Merkel deutlich, die anderen wollen keine Finanztransaktionssteuer, also machen wir keine. Das nennt man »konsequente globale Finanzpolitik«. Hätte sie dort so energisch gehandelt, wie sie es bei dem Sparpaket der schwarz-gelben Koalition gegen das von ihr nicht vertretene Klientel tat, hätte diese weltweite Steuer auf Finanztransaktionen mehr Aussicht auf Erfolg gehabt. Das macht deutlich, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition unter der Leitung von Bundeskanzlerin Merkel weder national noch international in der Lage ist, die Probleme, die durch die Finanzkrise entstanden sind, zu lösen.

Andreas Beckmann

Wohngeldkürzung ist sozialpolitischer Kahlschlag

Als »sozialpolitischen Kahlschlag« bezeichnet die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Heidrun Bluhm, die von der Bundesregierung geplante Kürzung des Wohngelds um fast 40 Prozent. »Für DIE LINKE ist es nicht hinnehmbar, dass die Regierung immer nur bei den Menschen mit dem geringsten Einkommen sparen will. Schon heute geben sozial benachteiligte Haushalte bis zu 50 Prozent ihres Einkommens für Miete, Wohnnebenkosten und Heizkosten aus. Das Wohngeld war und ist ein verlässlicher und wirksamer Beitrag zur Entlastung die-

ser Haushalte. Hier darf nicht weiter gekürzt werden.« Bluhm weiter:

»Auf dem Rücken der Ärmsten versucht die Bundesregierung ihren verkorksten Haushalt zu sanieren. Ausgerechnet jene, die die Krise nicht verschuldet haben, sollen sie nun ausbaden. Damit zeigt die Regierung, wen sie schützen und wen sie fallen lassen will. Die Armen haben von ihr nichts zu erwarten. Streicht man das Wohngeld, dann haben die Menschen weniger Geld für Bildung, Kultur und gesunde Ernährung zur Verfügung. Die soziale Ausgrenzung geht weiter. Das lehnt DIE LINKE strikt ab. Wir werden alle parlamentari-

schen Hebel in Gang setzen, um die Wohngeldkürzung noch zu verhindern. Daneben brauchen wir aber auch außerparlamentarischen Widerstand von Verbänden und Gewerkschaften, Bürgerinnen und Bürgern. Die von der Bundesregierung angestrebten Einsparungen ließen sich im Übrigen auch sozialverträglich erzielen. Im Etat des Bundesverkehrsministeriums findet sich eine Vielzahl überflüssiger Bauprojekte. Das Projekt 'Stuttgart 21' zu streichen oder auf den umstrittenen Ausbau der A100 in Berlin zu verzichten, brächte jeweils einige hundert Millionen Euro ein – mehr als die geplante Kürzung des Wohngelds. Berlin, 02.07.10

Binnennachfrage ist Schlüsselfrage für Brandenburger Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote in Brandenburg ist im Juni gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozentpunkte auf 10,6 Prozent gesunken. Der positive Trend der letzten Monate hat sich fortgesetzt.

Dennoch bleibt die Langzeitarbeitslosigkeit ein zentrales Problem. Die Rot-Rote Koalition in Brandenburg hält trotz schwieriger Rahmenbedingungen und dem »Sparpaket« der Bundesregierung am ÖBS-Projekt »Arbeit für Brandenburg« fest, das morgen startet.

Erfreulich ist der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 1,3 Prozent. Brandenburg ist damit, was den Arbeitsmarkt angeht, relativ gut durch die Krise gekommen. Der Grund liegt vor allem in der vergleichsweise geringen Abhängigkeit von Exporten und damit von der Weltwirtschaft.

Brandenburgs Wirtschaft lebt vom Binnenmarkt, von der Nachfrage im Lande. Genau deshalb haben die Kürzungspläne der Bundesregierung für

Brandenburg nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch verheerende Wirkungen. Wer bei Menschen mit geringen Einkommen noch weiter kürzt, würgt die Binnenkonjunktur ab. Die Streichpläne von Schwarz-Gelb würden dem Brandenburger Arbeitsmarkt mehr schaden als die Wirtschaftskrise. Sie müssen verhindert werden.

01. Juli 2010

Dr. Andreas Bernig,
arbeitsmarktpolitischer Sprecher
der Landtagsfraktion DIE LINKE

Die Bundesregierung will 80 Milliarden Euro bis 2014 einsparen. In dem Papier, in dem die Bundesregierung die acht Eckpunkte des Sparpaketes festgelegt hat, wird von der christlich-liberalen Koalition zunächst festgestellt: »...Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen in unserem Land die Chance auf Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und ein Leben in Freiheit und Sicherheit haben ...« Aber steht in diesem Sparpaket wirklich der Mensch im Mittelpunkt?

Mit mehr als die Hälfte des Bundeshaus-

Das ist meine Meinung

Jetzt lässt die schwarz-gelbe Koalition ihre Maske fallen

halten nehmen die Sozialleistungen den größten Posten ein. Offensichtlich gibt das der schwarz-gelben Koalition ausreichend Grund, hier den Rotstift am stärksten anzusetzen. Vor allem im SGB II und SGB III sollen Pflichtleistungen in Ermessenleistungen umgewandelt werden oder ganz entfallen. Das wird zur Folge haben, dass die Betroffenen noch mehr als bisher der

Willkür der Argen und Eigenbetriebe für Grundsicherung ausgesetzt sind. Statt die Rechte von Hartz-IV-Betroffenen zu stärken, werden sie weiter entrechtet ...

Fazit: Verlierer dieses Sparpakets sind Kinder und die sozial Schwächsten dieser Gesellschaft. Gewinner sind die Banken, die Spekulanten, Konzerne und Reiche. Die schwarz-gelbe Koalition spart auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft. So präzise die Kürzungen bei den Sozialleistungen definiert sind, so verschwommen ist das Ziel bei der Wirtschaft, den Besserverdienenden und den Reichen. Sparen ja, aber nicht bei dem Klientel von Schwarz-Gelb und vor allem nicht bei der Regierung ... Deutschland braucht ein Sparpaket, das auf alle Schultern der Gesellschaft verteilt wird. Dabei darf es keine Tabus geben. Bevor man Kürzungen in den sozialen Bereichen erwägt, muss man über die Besteuerung der Besserverdienenden und Reichen nachdenken. So könnte der Spitzensteuersatz angehoben und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. Auch ein definitiver Abbau von Subventionen in der Wirtschaft enthält ausreichend Sparpotenzial. Das wäre ein sozialgerechtes Sparpaket.

Uwe Neuer, AG Soziales

Den vollständigen Text können Sie auf unserer Internetseite nachlesen.

AG Soziales – DIE LINKE.

Die AG Soziales behandelte in ihrer Sitzung am 09. Juni das Thema »Sucht – Suchtkrankheit – Therapiemöglichkeiten und Suchtprävention«.

Einen eigens dafür erstellten Fragenkatalog konnten die Mitglieder der AG anschließend dem in die Sitzung eingeladenen Landtagsabgeordneten und Behindertenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE., Jürgen Maresch, übergeben. Dieser Fragenkatalog soll als Kleine Anfrage im Landtag eingebracht werden. Ein weiterer Punkt waren die veränderten Termine für die Hartz-IV-Rechtsberatung durch den Rechtsanwalt Michael Elte. Diese werden ab sofort nicht mehr am Montag, sondern

am Samstag in der Zeit von 10.00 bis 16.00 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Forst durchgeführt. Die Termine sind untenstehend einzusehen.

Abschließend haben die Mitglieder der AG Soziales die Chance genutzt, dem Landtagsabgeordneten Jürgen Maresch Fragen zu aktuellpolitischen Themen zu stellen, die dieser sehr bereitwillig beantwortete. Die AG möchte sich bei Jürgen Maresch für seinen Besuch und die Bereitschaft, die Anfrage im Landtag für uns zu stellen, bedanken.

Termine für die Rechtsberatung sind am: 18.09., 09.10., 06.11. und 11.12. 2010

A. Beckmann,
AG Soziales

Newsletter

Stipendienprogramm ist stehend k.o.

»Das unsoziale Stipendienprogramm ist stehend k.o.«, kommentiert **Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE**, die ablehnende Haltung des Finanzausschusses des Bundesrates zu dem Programm. »Damit das Geld da ankommt, wo es benötigt wird, sollten die Mittel des Stipendienprogramms für eine deutlichere BAföG-Erhöhung verwendet werden«. Gohlke weiter:

»Die geplante BAföG-Erhöhung ist gerade mal ein Inflationsausgleich. Die Mini-Erhöhung darf allerdings nicht scheitern. Die Forderung der Länder nach solider Finanzierung ist berechtigt. Auch die Länder dürfen aber weder Studierende noch Schülerinnen und Schüler als Sparschwein für den Landeshaushalt missbrauchen.« 25. Juni 2010

Einzigartiger neuer Schritt

Zum einstimmigen Beschluss des Bundestages zur Aufhebung der Gaza-Blockade durch Israel erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi:

»Der Bundestag hat trotz Kritik von außen einstimmig (!) beschlossen, die israelische Regierung aufzufordern, die Blockade des Gaza-Streifens sofort zu beenden. Außerdem erwartet der Bundestag die Bildung einer internationalen

Untersuchungskommission, um die Aufbringung der Gaza-Hilfsflottille durch die israelische Armee, bei der neun Menschen ums Leben kamen, vollständig aufzuklären.

Einstimmige Beschlüsse sind im Bundestag eine Rarität, und deshalb ist es ein besonderer Vorgang, dass gerade diese Entscheidung einstimmig erfolgte. Die israelische Regierung kann künftig nicht mehr erwarten, aus Deutschland un-kritisch begleitet zu werden.

Im Unterschied zur geäußerten Kritik geht es aber nicht um eine Schwächung Israels. Wer Freiheit und Sicherheit für die Israelis will, muss Freiheit und Sicherheit für die Palästinenserinnen und Palästinenser gewährleisten. Ein sicheres, demokratisches und zukunftsfähiges Israel kann es nur geben, wenn es ein sicheres, demokratisches und zukunftsfähiges Palästina gibt.« 02. Juli 2010

Für die Rente ab 67 fehlen alle Voraussetzungen

»Für die Rente erst ab 67 fehlen alle Voraussetzungen. Sie muss zurückgenommen werden«, fordert **Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE**, anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion zur Beschäftigungssituation, wirtschaftlichen und sozialen Lage Älterer. »Die Rente erst ab 67 ist ein groß angelegtes Kürzungsprogramm. Sie wälzt die Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung allein auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab.« 25. Juni 2010

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

- Mi., 14.07., 18:30 Uhr: AG »Soziales«
- Di., 27.07., 18:30 Uhr: Ortsvorstandssitzung
- Mi., 11.08., 18:30 Uhr: AG »Soziales«
- Di., 31.08., 18:30 Uhr: Ortsvorstandssitzung
- Mo., 06.09., 18:30 Uhr: AG Malxe-Blatt
- Di., 07.09., 18:30 Uhr: Stadtfraktionssitzung
- Mi., 08.09., 18:30 Uhr: AG »Soziales«



Die Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand-Pauschale

Aus Eulenspiegel Nr. 7/10

Kleine und große Haie

Bei einem Groß-einsatz der Polizei wurden elf Männer festgenommen, die als Glücksspiel-Betrüger mehr als 100 Mio. Euro erbeutet haben. Jetzt befürchten deutschlandweit auch große Geldinstitute unangemeldete Razzien.

Michael Kaiser

Geburtstage

- 16.07.: 84 Jahre Georg Domin
- 24.07.: 93 Jahre Elfriede Bonkatz
- 27.07.: 83 Jahre Jutta Schmidt
- 27.07.: 70 Jahre Wolfgang Spaarschuh
- 27.07.: 69 Jahre Günter Schmotz
- 31.07.: 63 Jahre Reinhard Albinus
- 09.08.: 78 Jahre Edith Witzel
- 10.08.: 72 Jahre Gerhard Böcking
- 13.08.: 69 Jahre Brigitte Schröder
- 27.08.: 82 Jahre Rolaf Schahn
- 29.08.: 86 Jahre Hildegard Jentsch
- 29.08.: 81 Jahre Martin Noack
- 09.09.: 91 Jahre Dora Poschau
- 13.09.: 83 Jahre Helmut Mucha
- 14.09.: 70 Jahre Horst Meißner

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät **am Sonnabend, dem 18.09.**, ab 10 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr 10 €.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.